

September 1997
Nummer 62
umsonst

Zeitung für den Sommer und den Aufstand

SUMMER RIOTS CLUB

Vorwort

Aufgetaucht aus dem diesjährigen Sommerloch (dem die August-Ausgabe zum Opfer fiel) präsentieren wir euch wieder unser Trendsetter-Magazin aus der Flora.
Nach einigem Rumgedümpel in den letzten Wochen an Stränden, Seen und selbstverständlich auf dem Schanzen-1/4-Fest (wieder dufte organisiert!) werfen nun diverse Events ihre Schatten voraus. Neben den Aktionen gegen den geplanten NPD-Aufmarsch seien Euch ausdrücklich die Demo in Bremen am 19.9. gegen rassistische Polizeigewalt und die in Hamburg geplanten „Kundgebungstage" am Schanzenbahnhof vom 17.-19.9.97 ans Herz gelegt. - Achtet auf Ankündigungen!

P.S.: Leider viel zu spät erreichte uns der Text gegen den „Tag der Heimat" vom „Bund der Vertriebenen" in Braunschweig am 14.9. Laut vierseitigem Flugblatt haben sich Autonome Gruppen aus ganz Norddeutschland zusammengefunden, um den „Tag der Heimat" (...) zu verhindern. Über konkretere Planungen oder weitere Vorbereitungen sagt der Text jedoch noch nix.

P.P.S.: Prima Schoki schmeckte trotz brütender Hitze fatal lecker!

Ordner: (im Schwarzmarkt)
- Erklärung von zwei Soundsystems zu ihrer (Nicht-)Teilnahme an der Kundgebung/ Sternschanzen am 13.07.
- Ausführliches zum Urteil gegen Safwan Eid von „einigen Uneinsichtigen"
- ein längerer Text, der sich kritisch mit der anarchistischen, mexikanischen Gruppe Amor y Rabia auseinandersetzt
- diverse Beiträge zu den Weltfestspielen der Jugend in Kuba
- Informationen zu den Aktivitäten des Lingener Nazis Jens Hessler
- Informationen und Mobilisationstext zum „Tag der Heimat" am 14. September in Braunschweig
- Infos zur neu-rechten Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh

ständige Termine in der roten flora

mo	17-21 h cafe, 18 h veranstaltungsgruppe, 18-20 h motorradselbsthilfe, 19.30 h vegane vokü
di	16-22 h dub-cafe
mi	16.30 bis ? cafe mit kuchen in der vokü, 17-19 h fahrradselbsthilfe, 19.30 vokü
do	16-19 h archiv der sozialen bewegungen immer noch im exil (ludwigstr. 13, 1. stock), 17 h cafe in der vokü, 19.30 h vokü
sa	11-15 h frühstück, 16-19 h fahrradselbsthilfe
so	jd. 1. und 3. sonntag im monat frauenfrühstück ab 11 h

Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: P. Meyer; Bernadottestr.38 22765 Hamburg

1977-1997

20 Jahre „Deutscher Herbst" und kein Ende ...

Aufruf für eine Veranstaltungsreihe im Herbst diesen Jahres

Dieses Jahr wird es genau 20 Jahre her sein, daß in der Bundesrepublik Deutschland (später dann Großdeutschland) eine Entwicklung begann, deren Anfang als „deutscher Herbst" in die Geschichte einging.
Dieser „deutsche Herbst" steht für große Teile der außerparlamentarischen und radikalen Linken wie kein anderes Datum für eine staatliche Offensive unvorhersehbaren Ausmaßes und für die Konfrontation mit einem Staat, dem alle Mittel recht waren (und es heute noch sind), jedwede Ansätze radikaler Systemopposition und Staatskritik zu zerschlagen.
Darauf aufbauend wurde von staatlicher Seite und parteienübergreifend der Bereich der „inneren Sicherheit"und der Bereich der Repressionsmethoden und -arten in den folgenden Jahren kontinuierlich ausgebaut.
Die herrschende Geschichtsschreibung verbucht die Aussetzung von Grundrechten, die totale Überwachung, die Folter und Ermordung von Gefangenen sowie die Kriminalisierung fortschrittlicher Kräfte als eine Art „Ausnahmezustand" einer „wehrhaften Demokratie".
Wir nicht.
Wir sehen den „deutschen Herbst" als Symbol für einen mörderischen Normalzustand konsequenter Herrschafts- und Machtsicherung.
Deshalb halten wir es für wichtig, der herrschenden Geschichtsschreibung diesen Aspekt entgegenzusetzen. Wir wollen anregen, als radikale Linke dieses „Jubiläum" zu nutzen um die Entwicklung staatlicher Repression seit 1977 nachzuzeichnen und zu diskutieren.
Hierbei geht es uns besonders darum, diese Geschichte auch als Geschichte des vielfältigen Widerstandes gegen die staatliche Unterdrückung zu erfassen, um sie kritisch zu beleuchten, aus ihr zu lernen und um als radikale Linke daran wachsen zu können.
Unsere Gruppe schlägt vor, eine Art „organisatorische Klammer" für solch ein Vorhaben zu bieten, d.h. neben einer eigenen Veranstaltung würden wir die zeitliche Koordination der Veranstaltungen, die Gestaltung und Produktion eines gemeinsamen Plakates sowie die Durchführung einer „Bewegungs-Party" organisieren. - Natürlich zusammen und mit Absprache aller interessierten Gruppen und Menschen!
Wir würden uns deshalb freuen, wenn alle Gruppen, die auch schon mit dem Gedanken spielen, im Herbst eine Veranstaltung zu machen, sich mit uns in Kontakt setzen würden, um sich gemeinsam über die Idee einer Veranstaltungsreihe auszutauschen.
Wir rufen auch alle Einzelpersonen, die eventuell Material (Fotos, Flugis, etc ...) speziell zu dieser Thematik haben, dazu auf, sich an unsere Kontaktadresse zu wenden:
Café und Buch, Gruppe „Schleierhaft"
Marktstr. 114, 20357 Hamburg
Mit hoffnungsvollen und solidarischen Grüßen, *Gruppe „Schleierhaft"*

Kurzmeldungen

Fahrraddemo zum Sonntagsspaziergang
vor dem Abschiebeknast Glasmoor am 21.9.97
Treffpunkt fur FahrradfahrerInnen 12.30 Uhr Sternschanze, Bahn- und AutofahrerInnen 14 Uhr Sternschanze

Totgesagte leben länger!
Sprengel-10-Jahres-Fest
5.-7.9.97 Schaufelderstraße 33, Hannover
Freitag ab 22 Uhr Verkleidungsparty mit Musik
Samstag 6.9. ab 16 Uhr Hoffest. Ab 19 Uhr Vokü, anschließend Konzert: NO RESPECT (Göttingen) und STREIT (Lübeck)
Sonntag 7.9. Veranstaltung zu zehn Jahren Sprengel mit Zeitzeugen und Video
20.30 Uhr Filmveranstaltung "KNHO im Sprengel"

wg. Interim:
Staatsanwaltschaft fordert Freispruch
Die GeschäftsführerInnen des Hamburger Buchladens Osterstraße waren angeklagt, mit dem Verkauf der Interim zu Straftaten aufgerufen zu haben. Am 12.8. war Hauptverhandlung vor einem Berliner Gericht, die mit Freispruch endete.

wg. radikal-Demo:
Staatsanwaltschaft fordert Freispruch II
Nach zwei Jahren und zwei verschobenen Prozeßanläufen fand am 21., 27. und 28.8.- der Prozeß gegen Claus und Gunnar wegen der Demo gegen die Razzien der Bundesanwaltschaft am 13.6.95 statt. Nach der großangelegten Durchsuchungsaktion vom 13.6. gegen die radikal, AIZ, KOMITEE und RAF wurde am Abend des 16.6.95 der Versuch einer Spontandemo an der Flora vom Einsatzzug Mitte und anderen Bullen zusammengeknüppelt.
Claus und Gunnar, der damals erheblich von den Schergen verletzt wurde, waren nun angeklagt des Widerstands gegen Polizeibeamte, Körperverletzung derselben und Landfriedensbruchs. Obwohl die im Prozeß aussagenden Polizisten durch offensichtliche Falschaussagen ihr Verhalten zu rechtfertigen versuchten, blieb auch dem Staatsanwalt nur übrig, einem Freispruch der beiden zuzustimmen.



Es reicht schon lange!
Demonstration gegen rassistische Polizeigewalt
Schluß mit:
Beleidigungen - Ständige Kontrollen - Festnahmen - Aufenthaltsverbote - Razzien - Schläge - Tritte - Brechmittelvergabe!!!
Schluß mit dem Polizeiterror!
19.9. 17 Uhr Hauptbahnhof Bremen

wg. Trauermarsch: Verurteilung bestätigt

Im Berufungsverfahren gegen (den afrodeutschen) Alexander N. wurde das erstinstanzliche Geldstrafenurteil bestätigt. Nachdem der junge Schwarzafrikaner Jude Abubaka aus Angst vor einer stattfindenden Polizeirazzia vom Harburger Flüchtlingsschiff in die Elbe gesprungen und ertrunken war, fand am 13.6.96 ein Trauermarsch der "Black Community" durch die Hamburger Innenstadt statt. Die Demo lief statt um den Hauptbahnhof herum durch die Wandelhalle hindurch. Vorwurf Nummer eins gegen Alexander N.: Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Punkt zwei: Undistanziert habe er die Aussage eines Flüchtlings über Lautsprecher übersetzt, die Polizei habe dem ertrunkenen Jude A. Drogen untergeschoben. Punkt drei: Er soll dazu aufgerufen haben, zum Rathaus und damit in die Bannmeile zu ziehen.

Richter Dieter Kawlath ("aus meinem europäischen Kulturverständnis heraus verstehe ich unter Gedenken Schweigen") erkärte alle schwarzafrikanische ZeugInnen für unglaubwürdig und stützte sich stattdessen auf die Aussage eines einzelnen deutschen Polizisten.

Alltag großdeutscher Justiz.



NIX mehr! Kampagne gegen Atomtransporte.

Für die sofortige Stillegung aller Atomtransporte.

Schienen-Aktionswochenende am AKW Krümmel bei Hamburg.

Warum gerade Krümmel?

Nach Inbetriebnahme des Reaktors erkrankten im Nahbereich innerhalb weniger Jahre zehn Kinder und ein Jugendlicher an Leukämie. Drei von ihnen sind bereits gestorben. Darüberhinaus ist Krümmel für erhebliche Schlampereien beim Bau bekannt. Trotz offenkundiger Mängel hat der TÜV die Anlage "gesund" geprüft. Risse in sicherheitstechnisch wichtigen Rohrleitungen führten zu einer über einjährigen Abschaltung. Außerdem beabsichtigen die Betreiber des AKW den Einsatz der überaus riskanten Plutonium-Mischoxid-Brennelemente (MOX).

Warum jetzt?

Aus diesen Gründen haben wir das AKW Krümmel für die Auftaktaktion der "NIX mehr - Kampagne gegen Atomtransporte" ausgewählt. Außerdem beginnt Ende August 97 die jährlich anfallende Revision, bei der 150 abgebrannte Brennelemente anfallen. Aufgrund fehlender Lagerkapazität müssen bis zum Sommer 98 mindestens vier Castor-Transporte zur Wiederaufbereitungsanlage durchgeführt werden.

Allerletzte Meldung: Veranstaltung zu den Castor-Transporten nach Ahaus im Herbst am 16.9. im Audimax (Uni)



Über die Zustimmung zum Wiederanfahren nach der Revision entscheidet die rotgrüne Landesregierung von Schleswig-Holstein, die sich zwar den Atomausstieg auf die Fahnen geschrieben hat, aber bis heute den Weiterbetrieb des AKW zuläßt.

Das AKW wird federführend von den HEW (Hamburger Elektrizitäts Werke) betrieben, deren Mehrheitsaktionär der sozialdemokratische Hamburger Senat ist. Am 21.9. finden dort Bürgerschaftswahlen statt.

Das Programm:

Freitag 19.9. - Sonntag 21.9.: Camp gegen Atom

Samstag 20.9. 12 Uhr Auftaktkundgebung in Geesthacht, danach Aktionen entlang der Schienen-Castorstrecke zwischen Bergedorf und dem AKW. 19 Uhr Kundgebung vor dem AKW.

Sonntag 21.9. Abschlußkundgebung am AKW.

Achtung! Bundesweiter Schienenaktionstag v.a. in Ahaus und Umgebung 18.10.97.

NPD-Aufmarsch verhindern!

Die NPD plant für den 13. September 1997 einen Aufmarsch in Hamburg. Im Rahmen der Bürgerschaftswahl am 21. September mobilisiert der NPD- Bundesvorstand und die Jugendorganisation der NPD die Jungen Nationaldemokraten (JN) in die Stadt. In ihren aktuellen Veröffentlichungen kündigen die Nazis an in dem vermeintlich "roten Hamburg" mit "System und Chaoten" aufräumen zu wollen.

Die NPD/JN als neue Führungskraft der Naziszene

Seit den Verboten verschiedener neonazistischer Organisationen nimmt die NPD und ihre Jugendorganisation (JN)für die faschistische Bewegung eine zentrale Rolle ein. Das faschistische Netzwerk hat sich während der letzten Jahre umstrukturiert: Im Hintergrund arbeitet ein System von unauffällig arbeitenden Zellen, die nicht offen nach außen in Erscheinung treten. Darüberhinaus gibt es die NPD als bundesweite Partei mit ihrer ausgebauten Organisationsstruktur, die nach außen legal auftritt um ihre rassistische und antisemitische Hetze zu verbreiten. Zahlreiche Mitglieder und Führungspersonen verbotener NS-Gruppen arbeiten bei der JN oder der NPD mit. Die langfristig angekündigten Verbote haben die Faschisten somit letztendlich nicht getroffen, sondern ihr neues Organisationskonzept forciert.

Hierfür stehen die jüngsten Mobilisierungen der Nazis in München und Leipzig. In beiden Städten stellte die NPD / JN, mit ihrer funktionierenden Infrastruktur, die organisatorische Spitze der faschistischen Mobilisierung. Am 1. März marschierten in München 5000 Nationalkonservative gemeinsam mit Alt- und Jungfaschisten anläßlich der Eröffnung der Ausstellung "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944". 10.000 AntifaschistInnen demonstrierten gegen den Aufmarsch. In Leipzig kündigten am 1.Mai Faschisten aus dem Lager der JN einen Aufmarsch an, der jodoch nicht zuletzt dank breiter antifaschistischer Mobilisierung verhindert werden konnte. Die NPD / JN kündigt nun großmäulig an, auch in Hamburg am 13. September, an ihre Mobilisierung von München und Leipzig anknüpfen zu wollen.

Wahlkampf in Hamburg

An der Hamburger Wahl beteiligen sich gleich mehrere faschistische Organisationen. Als die wesentlichen zu nennen sind hier neben der NPD die "Deutsche Volksunion" (DVU), die NPD Vorfeldorganisation "Hamburger Liste Ausländerstopp" sowie "Die Republikaner" und der "Bund Freier Bürger". Die Bürgerschaftswahl gilt für die Faschisten verschiedener Couleur als erfolgversprechende Chance. Denn bereits bei den letzten Wahlen 1993 erhielten DVU und Republikaner gemeinsam 7,6% der Stimmen, in manchen Stadtteilen sogar 15%.

Den antifaschistischen Widerstand organisieren

Dieser Staat wird nie ernsthaft gegen Faschisten vorgehen. Statt des Appells an Polizei oder Justiz fordern wir auf, die antifaschistische Selbsthilfe zu organisieren! Nie wieder wehrlos gegen faschistische Gewalt! Das heißt für uns keine Nazipropaganda zu dulden und den Nazis offensiv und mit allen dafür notwendigen Mitteln entgegenzutreten!

Faschistische Organisationen zerschlagen!
Den NPD-Aufmarsch verhindern!
Gegen reaktionäre und rassistische Politik!

Bündnis antifaschistischer Gruppen gegen den NPD-Aufmarsch

Mobilisierungsveranstaltung: Mittwoch, 10.9., 19 Uhr, RoteFlora

Das Phantom in der Flora

Der folgende Text soll eine kritische Reflexion der Unterstützungsarbeit darstellen, die zu der Idee von IZI (Interessengemeinschaft der Flüchtlinge), in der Flora einen Raum zu schaffen, in dem sich Flüchtlinge öffentlich ihrer Abschiebung widersetzen, gelaufen ist.
Während der Auftakt der Aktion szeneöffentlich bekannt war und von vielen diskutiert wurde, war am weiteren Verlauf fast nur noch das AGA beteiligt. Der weitere Verlauf ist nur noch sehr eingeschränkt transparent geworden. Viele Gruppen oder Einzelpersonen haben sich aus den Diskussionen bereits am Anfang rausgezogen und die Auseinandersetzungen waren für Außenstehende nur noch schwer greifbar. Der Stand der Dinge wurde wenig bis gar nicht nach außen vermittelt. Gleichzeitig wurde aber auch kein Interesse von Nichtbeteiligten formuliert.
Wir sind eine Gruppe von Leuten aus dem autonomen Spektrum, die lose koordiniert an dem Aktionsbündnis teilgenommen hat. Der folgende Text soll sowohl die Entwicklung faßbarer machen als auch unsere Einschätzung vermitteln. Während sich der grobe Ablauf in der beiliegenden Chronik findet, greifen wir uns in diesem Papier einzelne Punkte heraus, auf die wir ausführlicher eingehen.

Die Initiative zu dieser Aktion ging von IZI aus. Ziel dieser Gruppe von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien ist/war die Selbstorganisierung des Widerstands von MigrantInnen. Mit einer kurzfristigen Besetzung der Roten Flora am 26. April haben die Flüchtlinge von IZI mit Nachdruck ein Verhalten der radikalen Linken zu den in großem Ausmaß stattfindenden Abschiebungen - seit dem 1.5.1997 konkret verschärft durch den Beginn der Massenabschiebungen nach Ex-Jugoslawien (2. Stufe des „Rückführungsabkommens") - und konkrete Unterstützung für ihre Aktion eingefordert.
Zur Unterstützung dieser Aktion gründete sich das „Aktionsbündnis praktische Solidarität gegen Abschiebung", kurz AGA.
Das AGA entstand aus den ersten Plena, die in der Flora stattfanden, und war demzufolge sehr heterogen zusammengesetzt.
Es gab einen Gruppe von ErstunterstützerInnen, die die Aktion mit angeschoben haben und von denen Teile bis zum Schluß dabei waren, es gab Leute und Gruppen aus der autonomen Linken mit (unterschiedlich direktem) Bezug zur Flora und Leute aus verschieden Teilen der AntiRa-Linken.
Als Resultat der ersten Treffen entstand eine Struktur, die auf der Arbeit in verschiedenen AG's (Bau-, Öffentlichkeit-, Schutz-, Finanz-/Materialgruppe) basierte. Zweimal die Woche sollte das AGA als Ganzes tagen, um die Ergebnisse der einzelnen AG's zusammenzutragen und inhaltlich zu diskutieren. Die Arbeit des AGA sollte jeden Sonntag auf einem offenen Plenum zur Diskussion gestellt werden. Diese Struktur existierte mit abnehmender Tendenz bis zur Demo am 28.6.
Zur Zeit gibt es keine kontinuierlichen Treffen in der Flora mehr.
Wir haben uns kontinuierlich und intensiv am AGA beteiligt und sind mit der Orientierung zur Demo hin - Ende Mai/Anfang Juni - nacheinander aus der Diskussion im AGA ausgestiegen. Auf mehreren Treffen in den letzten Wochen haben wir zusammen nach den Gründen dafür gesucht und wollen unsere Einschätzung und unsere Kritik an der Aktion transparent machen.

Unser gemeinsamer Ausgangspunkt war es, den Versuch von Flüchtlingen, sich einen Handlungsspielraum gegen die herrschende Normalität zu erkämpfen, nach Kräften unterstützen zu wollen. Dieser Ansatz war ein Versuch von Flüchtlingen, ihrer Gegenwehr im öffentlichen Raum mehr Gewicht zu verleihen.
Das war für uns die Basis, die geplante Aktion zu unterstützen und uns in die Arbeit des AGA einzubringen. Obwohl wir in Anbetracht der gesellschaftlichen Situation skeptisch waren, ob die Aktion erfolgreich sein könnte, sahen wir darin die Möglichkeit, die Forderungen nach offenen Grenzen und Bleiberecht mit einer offensiven Aktion nach außen zu transportieren.
Zu Beginn der Aktion haben wir das Modell von IZI so verstanden, daß von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge in die Flora einziehen, um sich dort öffentlich der Abschiebung zu widersetzen. Begleitend dazu hat sich IZI eine Kampagne gewünscht, in der über öffentlichen Druck die Abschiebung bestenfalls verhindert, mindestens aber öffentlich sichtbar zum Thema werden sollte. Die Entscheidung für die Flora als Ort wurde damit begründet, daß es kaum noch grundsätzliche Opposition gegen die Abschiebepolitik der BRD gibt und sie sich im Umfeld der Roten Flora die Bereitschaft erhofft haben, konsequente Gegenwehr gegen diese Politik zu unterstützen und zu praktizieren.
Für uns war die Unterstützungsarbeit von Anfang an eine Gratwanderung.
Wir wollten die Aktion unterstützen und dabei besonders genau und vorsichtig mit unserer Beteiligung umgehen.
Unser Eindruck war, daß die Einschätzung der Mobilisierungsfähigkeit sowie der konkreten „Schutzmöglichkeiten" in der Flora einen bestimmenden Faktor für die Aktion darstellte.
Unsere Absicht war, eine möglichst realistische Einschätzung, was die Flora als Ort und als Struktur darstellen kann, zu geben.
Unserer Meinung nach kann die Flora nicht, wie zum Beispiel Kirchen, auf eine symbolische Räumungsbarriere setzen, auch wenn eine Auseinandersetzung um die Flora den politischen Preis in die Höhe treiben kann. Konkret läßt sich nur sehr begrenzt tatsächlicher Schutz gewährleisten. Die politische Stärke der Flora als Aktionsort sahen wir in der Chance, die Aktion zu verbreitern, Öffentlichkeit herzustellen und daran perspektivisch Diskussionen zu entwickeln - innerhalb und außerhalb der Flora.



Obgleich die Unterstützung von IZI das Ziel aller Beteiligten am AGA bildete, stellte es sich als schwierig heraus, sinnvoll zusammenzuarbeiten. Wir standen ziemlich schnell vor zwei Problemen. Zum einen wurde uns zunehmend unklarer, wie IZI sich die Aktion über die Ausgangsidee hinaus vorstellte, zum anderen stellte es sich als schwierig heraus, im AGA offene und gemeinsame Auseinandersetzungen zu führen.
Diese Probleme, die sich an unterschiedlichen Punkten der Zusammenarbeit sowohl mit IZI als auch den anderen AGA-Beteiligten stellten, betrachten wir im nächsten Abschnitt in grober Folge.
Die Diskussion kreiste zu Beginn um Begrifflichkeiten wie 'Schutzraum' versus 'Anlaufstelle', an denen sich grundsätzliche Fragen festmachten.
Mit dem Begriff 'Schutzraum' verband sich unserem Eindruck nach das Bild, in der Flora wirksamen Schutz leisten und garantieren zu können, den sich in der Flora aufhaltenden Flüchtlingen eine gewisse Sicherheit bieten zu können.
Das Modell 'Anlaufstelle' reichte von einem Beratungsbüro bis zu einem nicht weiter definierten „Raum", dessen Funktion unklar blieb.
Der Begriff 'Schutzraum' blieb die ganze Zeit umstritten. Auf der einen Seite stellt ein solcher Raum das angestrebte Maxi-

malziel dar, auf der anderen Seite haben wir derzeit nicht die Strukturen oder die Möglichkeiten, den entsprechenden Schutz zu gewährleisten und sehen es nach wie vor als unsere Verantwortung, dies ganz eindeutig an die Flüchtlinge, die sich zu der Aktion entscheiden, zu vermitteln. Diese Position wurde so weder von IZI noch von Teilen des AGA geteilt. Es wurde fehlender Enthusiasmus bis hin zur Ablehnung der Aktion gegenüber wahrgenommen oder unterstellt, oder es wurden die Möglichkeiten, die die bestehenden (Strukturen? d.tipper) haben, anders eingeschätzt. Aus der Begeisterung für die Aktion und dem Willen zur Solidarität lassen sich jedoch keine Strukturen aus dem Hut zaubern und es kann nicht zur Basis einer solchen Aktion werden, Möglichkeiten, die es nicht gibt, durch Gaukelspiel zu ersetzen.



Es hat sich als dauerhaftes Problem gezeigt, diese Einschätzung zu vermitteln, ohne dabei gleichzeitig als BremserInnen zu wirken. Diese Debatte ist weder zu einem abschließenden Ergebnis gekommen, noch ist allen deutlich geworden, daß es sich bei dem Begriff Schutzraum um eine problematische, nicht konsensfähige Beschwörung handelt. Bis zum Schluß geisterte der Begriff durch Debatten und Protokolle und wurde immer wieder zur widerspruchsfreien Parole erklärt.

Während unsere Einschätzung sich auf das von IZI zu Anfang vermittelte Modell bezog, hat sich diese Ansage im Laufe der Zeit als immer schwerer faßbar herausgestellt.
Dabei ist ein problematische Kreislauf entstanden: Während die Fragen nach der genauen Ausgestaltung der Aktion immer brennender wurden, rückte genau diese inhaltliche Ausgestaltung in immer weitere Ferne.
Die Unsicherheit, die in diesen Diskussionen begann, wuchs im Verlauf der weiteren Auseinandersetzungen zu einem immer größeren Problem an. Es war offensichtlich nicht möglich, von IZI eine genauere Bestimmung ihres Vorhabens zu erhalten. Es wurde statt dessen immer unklarer, wer was mit welchen Gründen machen wollte und die Einschätzungen zu den Möglichkeiten von Unterstützung kreisten zunehmend im luftleeren Raum, sobald es über bauliche Maßnahmen hinausging.
Irgendwann war der Punkt gekommen, wo zur Auflösung des Dilemmas im AGA nur noch drei Möglichkeiten verhandelt wurden: Entweder selber für die Aktion/für die Flüchtlinge ein Konzept zu entwickeln oder ein Konzept als Angebot zur Übernahme an IZI vorzuformulieren oder ganz auszusteigen. Alle diese Positionen waren im AGA vertreten und sind teilweise umgesetzt worden. Wir haben statt dessen darauf gesetzt, daß IZI irgendwann ein Konzept vorlegt und immer wieder bei IZI nachgefragt.
Die tatsächliche Vorstellung von der Aktion ist uns aber bis heute nicht klar geworden.
Ein Grund dafür bestand darin, daß IZI für uns von Anfang an nicht greifbar und selten durchschaubar war: Der Diskussionsstand und die Auseinandersetzungslinien innerhalb der Gruppe, die Stimmungslagen, die Möglichkeiten und Vorbehalte von Einzelnen sowie Widersprüche wurden uns selten bis gar nicht vermittelt. Äußerlich von IZI wahrnehmbar blieb so in erster Linie die Widersprüchlichkeit, einerseits den Willen zur Zusammenarbeit zu betonen und andererseits mit einer latenten bis stetig offenbaren Vorwurfshaltung an diese Zusammenarbeit heranzugehen. An verschiedenen Punkten hatten wir den Eindruck, daß die schematische und undifferenzierte Zuordnung des ganzen AGA oder von AGA-Teilen zu bestimmten inhaltlichen Positionen und die damit verbundene Pauschalkritik eher einem machtpolitischen Taktieren als einem konstruktiven Miteinander geschuldet war.
Erschwert wurde die Zusammenarbeit zweifellos auch dadurch, daß IZI auf den gemeinsamen Plena vorwiegend durch immer dieselbe Einzelperson vertreten wurde. Es blieb oft unklar, ob wir mit Inhalten, Gedanken und Positionen von IZI, der IZI-Mehrheit oder einer Einzelperson zu tun hatten.



Hinzu kam, daß es nicht gelungen ist, das Übersetzungsproblem zu lösen und außenstehende DolmetscherInnen aufzutreiben. Dadurch blieb die Übersetzungsleistung fast immer an einer Einzelperson hängen. Das hatte Überanstrengung zur Folge und war zudem problematisch, weil die Person sehr involviert in das Geschehen war und nach eigenen Angaben keinen unvoreingenommenen Transfer leisten wollte/konnte.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen gab es für uns immer wieder Situationen, in denen vollkommen in Frage stand, ob IZI diese oder eine andere Aktion überhaupt (noch) machen will. An der Frage des Umgangs mit solchen Punkten brachen die AGA-internen Konflikte mit großer Regelmäßigkeit auf. Es ging darum, ob wir als UnterstützerInnen im Zweifelsfall selbst initiativ werden können und wollen, um die Aktion anzuschieben. An dieser Frage wurden grundlegend unterschiedliche Vorstellungen der Unterstützung von Selbstorganisierung deutlich. Etwas polarisiert lassen sich die Positionen zusammenfassen: a) wenn ich Selbstorganisierung unterstützen will, dann muß ich notfalls auch mal selbst organisieren; b) wenn ich Selbstorganisierung unterstützen möchte, dann kann ich nicht stellvertretend für andere organisieren.



Wir gehen nach wie vor davon aus, daß die konkrete Ausgestaltung der Aktion die Sache von IZI gewesen wäre. Auf der Basis einer klaren Ansage hätte die Möglichkeit bestanden, alles weitere gemeinsam zu erarbeiten. Diese Basis kann aber nicht dadurch ersetzt werden, daß die UnterstützerInnen anfangen, stellvertretend für die Flüchtlinge die Aktion zu forcieren und zu bestimmen. Diese Position leitet sich aus einem Verständnis antirassistischer Politik her, in dem wir mit strukturellen Unterschieden umgehen müssen.
Für uns heißt Unterstützung dann in einem zweiten Schritt, Diskussionen gemeinsam zu führen und Positionen zu entwickeln, die von allen Beteiligten getragen werden. Dabei ist es auch wichtig, die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der beteiligten Personen mitzudenken. Es heißt für uns nicht, die Entwicklung dieses Prozesses durch das Durchsetzen von eigenen Konzepten zu bestimmen, was aber in der unklaren Situation durch ein eingebrachtes eigenes Konzept leicht passiert wäre.
An mehreren Punkten ist diese Problematik im AGA anhand von Vorschlägen für Eigeninitiativen diskutiert worden. Die Vorschläge gingen von der Veranstaltung einer Party, „damit sich die Flüchtlinge die Flora mal ansehen können", um ihnen damit eine Aktion in der Flora ans Herz zu legen, über die Möglichkeit, die Aktionsmodelle selber auszuformulieren, damit sich IZI eines aussuchen kann, bis zu der Idee, falls IZI die Aktion unter den Ausgangsbedingungen nicht mehr machen will, die Räume fertig zu machen, um dann eben selber Flüchtlinge in die Flora und für die Aktion zu mobilisieren. Für uns stand jedesmal dagegen, daß die Basis der Aktion darin lag, daß IZI sich die Flora ausgesucht hat, um dort eigene Vorstellungen umzusetzen und nicht darin, für eine von uns gewünschte Aktion eine Flüchtlingsselbstorganisierung zu inszenieren. Wir sehen einen Unterschied darin, Räume zur

Schlepper, Schleuser, Gentlemen

Redebeitrag auf der Veranstaltung "Über die Grenze" am 23. April 1997 im Münchner Stadtmuseum.

Menschen, die "über die Grenze" gehen, sei es auf der Flucht vor Verfolgung, sei es auf der Suche nach Glück, unterliegen in besonderer Weise einer vorbeugenden und generalisierenden Kriminalisierung. So spricht die bayerische Abschieberhetorik in einem Atemzug von "Kriminellen und Sozialhilfeempfängern". Weil aber für die "armen Flüchtlinge" immer auch ein paar Krokodilstränen vergossen werden, richtet sich die aktuelle Medienhetze zur Zeit vor allem gegen "Schlepper" und "Schleuser".
Schlepper sind zwielichtige Gestalten. Schlepper sind geldgierig und menschenverachtend. Schlepperei ist Nepperei ist organisierte Kriminalität. Organisierte Kriminalität wird von Ausländern betrieben - also sind Schlepper Ausländer. So heißt es.
Doch wie bei jedem Spediteur lautet hier die Dienstleistung: Transport. Ihr Geschäft ist Import/Export: von draußen nach drinnen bringen und andersrum. Über die Grenze rein nach Deutschland - über die Grenze raus aus Deutschland. Vom Joghurtpack zum Giftmüll ein alltäglicher Vorgang. Hunderttausende von Touristen tun es.
Wenn wir heute abend über Schleppper sprechen, sagen wir weder, daß alle Schlepper böse sind, noch daß alle Schlepper gut sind. Was wir aber festhalten wollen ist, daß diese Arbeit eine wichtige Arbeit ist und ein gute Arbeit sein kann, wenn sie wie jede andere Arbeit auch, veranwortungsvoll ausgeführt wird. Schwierige Reisen erfordern umfangreiche Vorbereitungen und die sind heute notwendiger denn je.
Hierher zu kommen ist in den letzten Jahren nicht einfacher geworden. Seit dem Anwerbestop für ausländische Arbeitskräfte 1974 wurde fast jede Verordnung, jedes Gesetz und Grundrecht eingeschränkt oder gar abgeschafft, das Menschen erlaubte, hier zu leben. Betroffen davon sind all die Menschen, die nicht aus einem Land kommen, das momentan zur Europäischen Union gehört. Für all diese MigrantInnen ist es zu Zeit praktisch unmöglich, auf legalem Wege in dieses Land einzureisen. Aus diesem Grund haben Schlepper Arbeit. Und aus diesem Grund wird gegen Schlepper gehetzt.

Feindbild Schlepper

Unwidersprochen und quer durch alle politischen Lager scheint eins festzustehen: Schlepper sind Parasiten am Elend. Nach der Hetze auf Asylbewerber haben sich große Teile der Medien nun auf den neuen Sündenbock eingeschossen. Und plötzlich ist Platz für Mitleid mit den Flüchtlingen. Mitleid mit den Opfern der Schlepper - nicht aber Mitleid mit den Opfern des menschenverachtenden Grenzregimes von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bürgerwehren.
Dieses Mitleid ist nichts als Heuchelei. Es hat nur eine Funktion: nach Abschaffung aller Möglichkeiten der legalen Einreise soll nun der illegale Grenzübertritt für Flüchtlinge so schwierig, so teuer und so gefährlich wie möglich gemacht werden. Die Grenzen der Festung Europa werden immer schärfer kontrolliert. Grenzstreifen werden personell und technisch massiv aufgerüstet. Für die Ökonomie der Flucht heißt das: Je mehr Grenzbeamte und Botschaftsbeamte bestochen und je mehr Grenzen überschritten werden müssen, kurz: je schwieriger die Flucht und je länger sie dauert, desto höher die Auslagen und Kosten für die Fluchthelfer. Dies schlägt sich natürlich auf den Preis nieder. So funktioniert die Marktwirtschaft.
Wir wissen aus Berichten von MigrantInnen, daß manche Schlepper ihre Arbeit schlecht machen und Menschen, die sich ihnen anvertraut haben, in Gefahr bringen. Auch wissen wir, daß viele Menschen den Preis für die Organisation ihrer Flucht nicht, oder nur unter immensen Schwierigkeiten bezahlen können. Nicht nur deshalb halten wir es für nötig, verstärkt unabhängige Strukturen zu schaffen, die MigrantInnen bei der Einreise unterstützen.
Fluchthilfe, wir ziehen diesen Begriff dem Schimpfwort Schlepperei vor, findet täglich statt. Fluchthilfe, sei es aus politischen oder humanitären Gründen bekommt eine immer größere Bedeutung. Das Recht auf Freizügigkeit, das Recht auf Einwanderung ist ein Recht, das für alle gelten muß. Unabhängig von politscher Konjunktur und der Stimmung an den Stammtischen versucht Fluchthilfe, dieses Recht auch praktisch durchzusetzen. Um so wichtiger ist es in der momentanen Situation, dies nicht nur im Geheimen zu praktizieren, sondern auch öffentlich zu erklären.
Die Forderung nach offenen Grenzen ist kein frommer Wunsch. Die Durchlässigkeit der Grenzen ist Realität. Migration findet statt und wird auch in Zukunft unabhängig von staatlicher Kontrolle stattfinden. Staaten können auf diese Tatsache sowie auf die damit einhergehenden sozialen Kämpfe lediglich mit gesetzlicher Repression reagieren. Durch die herrschende Migrationspolitik Deutschlands, der Europäischen Union und deren Nachbarstaaten werden immer mehr MigrantInnen systematisch in die Illegalität gedrängt:
- durch die Visumpflicht, die die Schengen - Staaten gegenüber zwei Drittel aller Länder dieser Welt verhängt haben;
- mittels Neufassung des Ausländerrechts. Um nur eine gravierende Verschärfung zu nennen: Ändert sich der Grund des Aufenthalts, muß nun erst ausgereist werden und die Wiedereinreise muß vom Ausland aus neu betrieben werden;
- mittels der faktischen Abschaffung des



Grundrechts auf Asyl.
So gelten vor den Gesetzen dieses Staates immer mehr MigrantInnen als "illegal":
- Asylbeweberlnnen, deren Antrag auf Asyl abgelehnt wird,
- Ehepartner - meist sind es Frauen - , die bis zum Zeitpunkt der Scheidung kein eigenes Aufenthaltsrecht zugesprochen bekommen haben,
- Studentinnen und Studenten, die ihr Studium beendet haben,
- ArbeiterInnen und Angestellte, deren Beschäftigungsverhältnis endet,
- Reisende, deren Touritstenvisum abglaufen ist.

Menschen werden von einem Tag auf den anderen als illegal abgestempelt, obwohl sich nur der Zweck ihres Aufenthalts geändert hat.

Illegalität bedeutet für die Betroffenen die völlige Schutz- und Rechtlosigkeit. Bereits den polizeilichen Notruf in Anspruch zu nehmen, beispielsweise bei rassistischen Angriffen, bei Vergewaltigung oder auch nur nach einem Diebstahl, hat zwangsläufig ihre Entdeckung zur Folge. Krankheiten können nicht behandelt werden. Oder nur im Geheimen gegen Barzahlung, und selbst das ist nur unter Gefahr möglich. In der Vergangenheit kam es immer wieder vor, daß Klinikangestellte Patienten bei der Ausländerbehörde denunziert haben. In Berlin wurden illegalisierte Patienten sogar auf Kosten der Charite deportiert.

Kein Mensch ist illegal

Die Unterscheidung der Bevölkerung in sogenannte Legale und Illegale, Menschen mit und ohne Aufenthaltsrecht, mit und ohne Papiere ist nur mit massivem polizeilichem Aufwand durchzusetzen: Kontrollen und Razzien in der 30 km-Zone hinter der Grenze auf Autobahnen, Raststätten und Bahnhöfen, in Ballungszentren und Innenstädten.

Diese Aufteilung der Gesellschaft in Menschen mit und ohne Aufenthaltsrecht erfordert neue Überwachungstechniken. Im Zuge des Schengen-Abkommens sind dies beispielsweise europaweit vernetzte Fingerabdruck-Datenbanken, elektronisierte Grenzterminals, an denen in Sekundenschnelle Personendaten aus verschiedenen Bereichen, wie dem Ausländerzentralregister, der Europol-Fahndung oder aus dem "Zentralen Verkehrsinformations-system" abgefragt werden können. Zu den neuen Überwachungstechniken zählen das "Mobile Polizei Büro System" oder die neuerdings angewendeten Atem-Meßgeräte. Mit einer kleinen Sonde unter der Lastwagenplane spüren Grenzbeamte Flüchtlinge ohne großen Aufwand auf.

Die Kategorisierung von Menschen in legal und illegal ist nur möglich, wenn die Folgen einer Entdeckung für die Illegalisierten - auf die die genannten Maßnahmen abziehen - drastisch genug sind. Etwaige strafrechtliche Konsequenzen sind dann, wenn überhaupt, nur noch eine Nebensache. Illegalisierte werden ausgewiesen und abgeschoben, und obendrein wird gegen sie noch ein Wiedereinreiseverbot verhängt. Widerspruch gegen diese Sanktion ist nicht möglich. Wer einmal abgeschoben ist, muß draußen bleiben. Strafgewalt, die bislang den Gerichten, also der rechtsprechenden Gewalt, vorbehalten war, wird auf diese Weise der Exekutive übertragen - in diesem Fall der Ausländerbehörde. Damit wird offensichtlich, daß die zunehmende Illegalisierung von MigrantInnen an der Verfaßtheit dieser Gesellschaft nicht spurlos vorübergeht. Die Unterstützung von illegalisierten Menschen hat also neben der praktischen auch eine politische Dimension. Kirchenasyl, Zufluchtsprojekte oder jegliche andere Art von Zusammenarbeit mit Illegalisierten und Selbstorganisation von MigrantInnen sind wichtiger denn je.

Deshalb sind wir für den Aufbau, beziehungsweise weiteren Ausbau von Netzwerken, die mittel- und unmittelbar hinarbeiten auf

1. die sachkundige Vorbereitung und Unterstützung humaner Einreise- und Weiterfluchtmöglichkeiten,
2. die Einrichtung von Anlauf- und Beratungsstellen, die politische und juristische Unterstützung anbieten, vor verfahrensrechtlichen Fallen warnen und nach entsprechenden Nischen suchen,
3. die Ermöglichung eines unabhängig von der jeweiligen Gesetzeslage selbstbestimmten, dauerhaften Aufenthalts. Dazu müssen qualifizierte Strukturen für medizinische Versorgung, Unterbringung, Ausweis- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie weitere materielle Absicherung bereit stehen können.

Quelle:
dritte hilfe, Hysterieblatt für absteigende Mittelschichten, Daiserstr. 34, München

Die Würde des Hauptbahnhofes ist unantastbar

Über die Verschandelung des Stadtbildes durch überflüssige Menschen - und das Vorgehen der Polizei für porentiefe Reinheit

Seit einigen Jahren kommt altes kaiserliches Polizeirecht wieder zu neuen Ehren: Platzverweise, Gebietsverbote und Ingewahrsamnahmen. Wurden im Hohenzollernreich noch Roma und Sinti vermittels Stadtverboten ganz legal von einer Stadt zur nächsten vertrieben, so gelten die Blankochecks zur polizeilichen Repression heute anderen mißliebigen Menschengruppen, die des Verschandelns von Straßenbildern verdächtigt werden. Spektakuläre Fälle wie die Chaos-Tage in Hannover, wo jede Bunthaarige als potentielle Ruhestörerin der Stadt verwiesen wurde, demonstrieren nur, was für andere Gruppen, insbesondere Junkies und Dealer, alltägliche Realität ist. Denn die polizeiliche „Gefahrenabwehr" ist eine hervorragende Ermächtigung, Strafen zu verhängen, die nicht nur von keiner RichterIn bestätigt werden müssen, sondern denen nicht einmal ein Tatbestand vorausgehen muß. Zur Vollstreckung reicht der Verdacht, und zum Verdacht reicht die Zugehörigkeit zur ausgemachten Risikogruppe. Und weil es ja im Auge auch des liberalen Bürgers irgendwie den Richtigen trifft und dazu nicht wirklich schwer, regt sich gegen die schleichende Aufhebung des Rechtsstaats auf seiner eigenen Grundlage kaum nennenswerter Widerstand. Wie modern diese Tradition ist, läßt sich am Beispiel der Hamburger Politik zur Zerschlagung offener Drogenszenen beispielhaft belegen.

Junkiejogging: Vom Hansaplatz zum Hauptbahnhof

Anfang der 90'er entdeckten Hamburgs Presse und Politiker ein Problem: die offene Drogenszene am Hansaplatz in St. Georg. Dort hielten sich Junkies auf, die Heroin konsumierten und auch beschafften. Und wenn eine Menschengruppe zum Problem erklärt wird, liegt die Lösung meist auf der Hand: Medial eindrucksvoll löste die Polizei die Szene auf, vertrieb die Szene und gebahr das Hamburger Credo, der „ Verfestigung offener Szenen" Einhalt zu gebieten. In der Folge dezentralisierten sich die Junkies mal und hielten sich in Hauseingängen auf, mal eroberten sie sich einen neuen Platz und wurden wieder vertrieben, bis sie schließlich dort angekommen waren, wo der Hamburger Senat sie erst recht nicht haben wollte: direkt vor der gerade neueröffneten ästhetischen Zumutung „Wandelhalle" des Hamburger Hauptbahnhofes. Die Berufung auf die Interessen der AnwohnerInnen St. Georgs bei dieser Vertreibungsorgie war und ist bis heute dabei recht pikant. Im Gegensatz zu den NormalbürgerInnen oder auch, wie im Bremer Ostertor, den Alternativviertel-AnrainerInnen spendeten sie der Zerschlagung keinesfalls den erhofften Beifall. Zwar hatte es die üblichen Beschwerden wegen

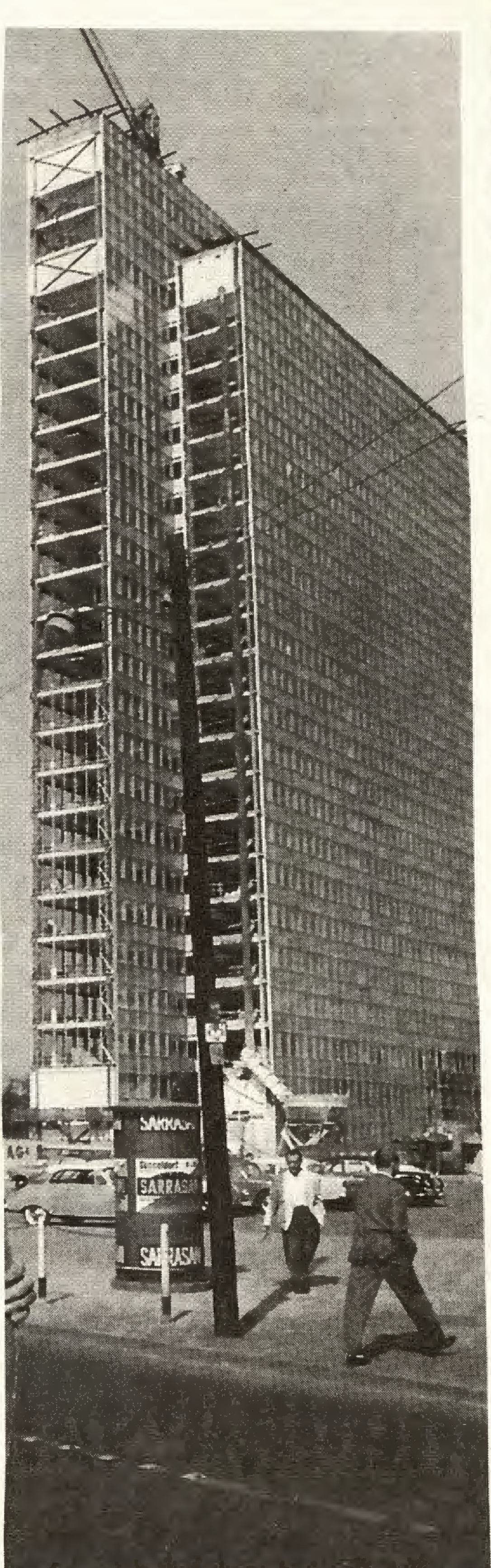
aggressiven Dealens und der Okkupation öffentlicher Räume gegeben, doch zielten diese Proteste zumeist auf einen Interessenausgleich zwischen Junkies und BewohnerInnen, sowie auf Fixerräume und eine vernünftige Drogenpolitik. Doch was dem Hamburger Senat zu schaffen machte, war weniger der ohnehin sozial abgeschriebene Stadtteil gewesen, denn die Befürchtung, daß auch ungebetene Gäste, nämlich DrogengebraucherInnen aus dem Hamburger Umland über den nahegelegenen Hamburger Hauptbahnhof einströmen könnten.

Mit Sicherheit und Ordnung gegen die Szene

Nach dem eklatanten Scheitern der bisherigen Szenevertreibungspolitik wurde die Strategie geändert. 1991 wurde die Revierwache am Hauptbahnhof um die berüchtigte E-Schicht aufgestockt. Zeitgleich trat das neue Hamburger Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) in Kraft, das seinem reaktionärem Namen alle Ehre macht. Es gab der Polizei die Instrumente der Platzverweisungen und Ingewahrsamnahmen in die Hand, die formal zur Abwehr unmittelbarer Gefahren bzw. Straftaten (bei Ingewahrsamnahmen) dienen, real aber dem Prinzip der chinesischen Wasserfolter gleichen: Mit vielen kleinen Maßnahmen sollte die Szene effektiver bekämpft werden als mit großen Razzien und strafrechtlicher Verfolgung (die aufgrund der in Frage stehenden geringen Mengen an Heroin sich ohnehin kaum mehr durchsetzen ließe). Denn Platzverweise und Ingewahrsamnahmen, zeitlich auf vier bis zwölf Stunden befristet, lassen sich in polizeilicher Souveranität vollstrecken, gegen die zumeist nur nachträglich gerichtlicher Widerspruch erwirkt werden kann, und Verdachtsmomente auf unmittelbar bevorstehende Gefahren oder Straftaten lassen sich im polizeilichen Blick aus dem Äußeren des Verdächtigen und seines Verhaltens unmittelbar ableiten. Daß auch in St. Georg gemeldete Junkies vom Platzverweisen betroffen und damit praktisch unter Hausarrest gestellt werden; daß Junkies daran gehindert werden, ÄrztInnen, Apotheken, Sozial- und Arbeitsämter und Beratungsstellen aufzusuchen; daß in Gewahrsam genommene Junkies in Haft einen kalten Entzug erleiden - das alles gehört zu den billigend in Kauf genommenen Abschreckungsmaßnahmen. Und das diese Maßnahmen in erster Linie Dunkelhäutige treffen - je dunkler die Hautfarbe, desto häufiger - überrascht dabei nicht. Und genauso gehören zur gesetzlichen Ermächtigung der polizeilichen Willkür die kleinen Gesetzesbrüche. Rassistische Beschimpfungen und Mißhandlungen bis hin zur Folter von als „dealenden Asylanten" Verdächtigten sind aktenkundig und führten zwar zum Sturz des Polizeisenators Hackmann, nicht aber zur endgültigen Suspendierung der Bullen. Schließlich hatten diese dem Geist des Gesetzes gegenüber durchaus konform gehandelt.

Legalize Platzverweis

Einige Hamburger Richter mochten sich der Generalermächtigung der Polizei nicht recht anschließen und hoben mehrere Maßnahmen wieder auf mit der Begründung, weder sei die Teilhabe an der Drogenszene eine Gefahr im Sinne des SOG (das vielmehr für Fälle wie Abschirmung Schaulustiger bei Katastrophen u.ä. zugeschnitten sei) noch die Maßnahmen geeignet zur Gefahrenabwehr - zur Abwehr der Straftat „dealen" sei es z.B. hinreichend, die



Drogen anzunehmen. Auf diese Schlappen reagierte der neue Polizeisenator Wrocklage auf zweierlei Weise: Zum einen wurde die Praxis des Ingewahrsamnehmens fast vollständig auf „Durchsetzung von Platzverweisen" beschränkt. Dafür wurde die Platzverweispolitik heftig ausgeweitet: Nach der Verkündung des „Handlungskonzeptes St. Georg" im Juli 1995 wurden bis heute über 53.000 Platzverweise ausgesprochen, darüberhinaus 17 „Gebietsverbote", d.h. mehrere Monate lang gültige Aufenthaltsverbote im Gebiet um den Hauptbahnhof, die rechtlich kaum gedeckt sind. 232 Menschen wurden darüber hinaus wegen Drogenhandels abgeschoben, wie die SPD stolz auf ihren Wahlplakaten verkündet. Die staatliche Politik hatte nämlich einen neuen Feind ausgemacht, den „Intensivdealer". Dieser meist Minderjährige, selbst angeblich nicht User, soll, so will es das verbreitete rassistische Imago, gezielt zum Zwecke des dealens in die BRD gekommen sein; real handelt es sich um geflohene Jugendliche , die, auf sich selbst zurückgeworfen, die gefährlichen Kleindeals auf der Straße durchziehen. So verkündete Wrocklage einige Zeit später stolz, das Straßenbild werde nicht mehr nicht von den störend agierenden Gruppen minderjähriger schwarzafrikanischer und kurdischer Dealer beherrscht; der Feld-, Wald- und Wiesenrassist hätte seine Wünsche wohl nur nicht so elegant formuliert.

Zum zweiten soll aber eine Novellierung des SOG die bisherige illegale Praxis der Ingewahrsamnahmen legalisieren: Wenn eine betroffene Person bereits früher auffällig geworden ist und nach den Umständen eine Straftat (nicht mehr unmittelbar !) bevorsteht, soll sie zukünftig von der Polizei mitgenommen werden können. Damit wird zum einen der reine Strafcharakter der vorgeblichen Maßnahme zur Gefahrenabwehr expliziter formuliert, zum anderen aber auch die von den Nazis geschätzte Rechtsauffassung des Wesens des Verbrechers angewandt. Denn wer einmal eine Straftat beging, hat damit seine charakterliche Veranlagung zur Wiederholung hinreichend unter Beweis gestellt. Zusammen mit der Generalermächtigung, daß Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zukünftig auch dann gerechtfertigt sein sollen, sollte die Maßnahme die Gefahr nur „vermindern", wird der Straßenverschönerung mit dem Knüppel Tür und Tor geöffnet. Die praktische Hinwendung zur Polizeiwillkür gegen mißliebige Einzelne wird aus der Grauzone der Halblegalität in die strahlende Sonne der gesetzlichen Absicherung erhoben, und nur zu passend ist es da, daß ein Mitarbeiter der Grünen, der die von den Repressalien Betroffenen per Flugblatt auf ihre Rechte hinwies, von allen anderen Parteien und der Presse mit dem härtesten Verdikt belegt wird, daß Deutschland derzeit zu bieten hat - „Dealerfreund", dem das Handwerk gelegt werden muß (Christier, MdBü der SPD).

Der Rechtsstaat als Modernisierungshemmnis

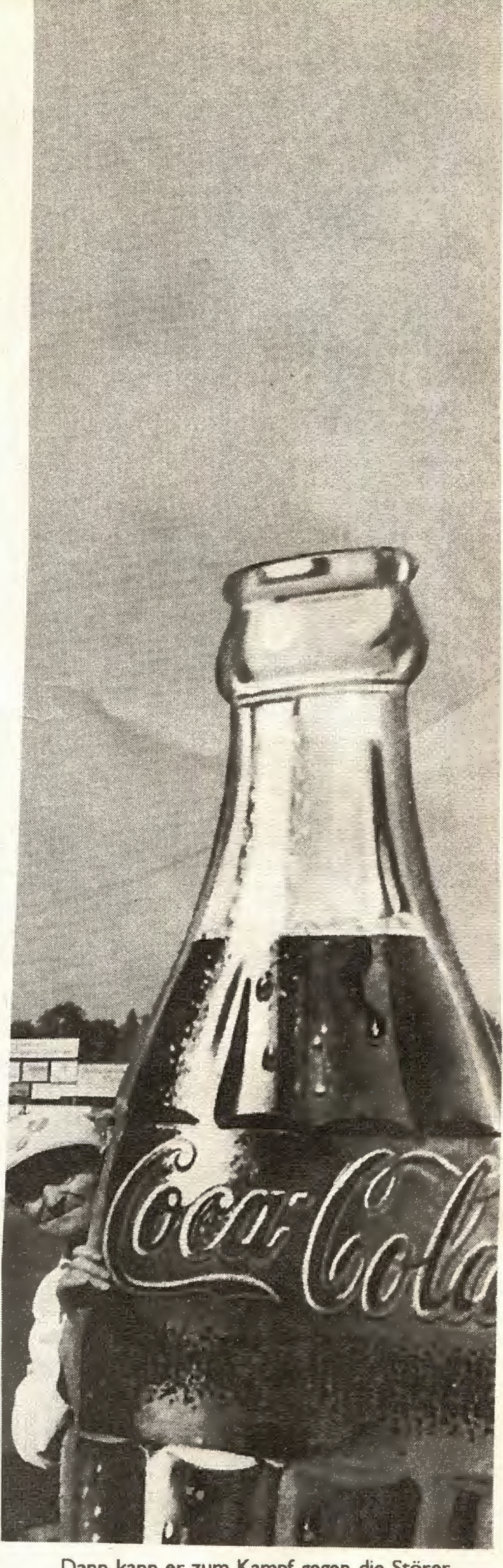
Natürlich trifft die ständige Szenezerschlagung die Junkies und DealerInnen am heftigsten und unmittelbarsten. Neben der beschissenen sozialen und gesundheitlichen Lage jener, wie sie durch das Heroinverbot erst produziert wird, leben die Betroffenen auch in ständiger Unsicherheit, ob und was die Staatsmacht mit ihnen vorhat. Werden sie aus ihrer Szene vertrieben, steigt nicht nur der Beschaffungsstreß unerträglich, sondern sie werden auch aus den letzten ihnen verbliebenden sozialen Zusammenhang gerissen. Und natürlich trifft es die, die rassistischen Feindbildern genügen, am schlimmsten - ihr bloßer Aufenthalt an bestimmten Orten stellt sie unter Generalverdacht und der rassistischen Polizei zur Verfügung. Nicht zuletzt droht jeden Moment ihr Traum eines besseren Lebens, so sie ihn durch Versorgung der Junkies mit ihrem notwendigen Konsumgut zu erfüllen trachteten, in der Abschiebung unwiderruflich zu zerplatzen. Aber auch die Lex St. Georg hat auch Folgen für die, die mit Drogen nichts am Hut haben.

Die Veränderung des SOG steht im Zusammenhang jenes Konzeptes „vorbeugender Verbrechensbekämpfung", welches die Bundesregierung seit geraumer Zeit verfolgt. Im Mittelpunkt der Ermittlungen steht nach der Verabschiedung der Gesetze gegen die „Organisierte Kriminalität" und des „Verbrechensbekämpfungsgesetzes", nach der Installierung europaweiter Computersysteme zur massenhaften Datensammelei und mit der geplanten Verabschiedung des „großen Lauschangriffs" nicht mehr die aufzuklärende Straftat, sondern der potentielle Straftäter. Gegen diesen darf ermittelt werden, ohne daß überhaupt ein Anfangsverdacht vorliegt. Vielmehr sollen aufgrund ihres Verhaltens, Umgang etc. suspekte Personen darauf überprüft werden, ob sie vielleicht einmal eine Straftat begangen haben - oder erst begehen werden. Mit dem Herzstück liberaler Rechtsstaatlichkeit, der Unschuldsvermutung bis zum Nachweis der Schuld, ist es nicht mehr weit her. Vielmehr gilt den Herrschenden: „No one is innocent", alle sind potentielle Schuldige, die der Staatsmacht ihre Unschuld unter Beweis zu stellen haben.

Im Falle des SOG ist es sogar noch einfacher, da die Schuldfrage gar nicht mehr gestellt werden muß. Wer dem polizeilichen Blick ausgesetzt wird, ist in ihrer Hand. Die bloße Teilnahme an der Junkie-Szene, zu langes Verweilen dort oder Gespräche mit den falschen Personen, können den Vollzug auslösen. Der oder die einzelne haftet individuell für das, was seinem (vermeintlichem oder realem) Kollektiv angelastet wird. Denn nur dadurch, daß eineR zur falschen Gruppe gehört, wird er verdächtig. Nur dadurch, daß eine einzelne Handlung wie Schnorren oder Spritzen Wegwerfen im Zusammenhang mit einer Gruppe, der diese Handlungen als für sie konstitutiv zugeschrieben werden, vollführt wird, wird sie von einer Lappalie zu einer „Störung der öffentlichen Ordnung". Und nur dadurch, daß ein bereits einmal aktenkundig gewordener Mensch sich dieser Gruppe nähert, wird er zum natural-born-criminal, der vorläufig aus dem Verkehr zu ziehen ist. Zwar trifft das polizeiliche Vorgehen gegen das als Störung ausgemachte Kollektiv immer noch den vereinzelten Einzelnen, doch nicht mehr als berechenbare Ursache eines individuellen Verhaltens, sondern mit der unvergleichlichen Macht der Willkür. Um ihr nicht ausgeliefert zu sein, muß der Bürger das, was einstmals Privatsphäre hieß - nämlich die Art sich zu kleiden, die Entscheidung, wo man sich aufhält und mit wem man sich trifft - der Staatsmacht offen als Faustpfand seiner Unschuld zur Schau stellen.

Einher mit der Veröffentlichung der Privatsphäre geht auch eine seltsame Privatisierung einstmals öffentlichen Raums. Straßen und Bahnhöfe, Symbole der Zirkulation von Menschen, die ungeachtet der sozialen Stellung jeder beanspruchte, werden bestimmten Menschengruppen verwehrt, die die anderen in ihrem Wohlbefinden stören könnten - oder wie in den USA die Slums ihnen ganz und gar überlassen. Die Straßen, wo Warenaustausch stattfindet werden mehr und mehr von Einkaufszentren substituiert, über die das Hausrecht des Privatbesitzers wacht. Per Bahn das Recht auf Mobilität wahrnehmen dürfen nur noch jene, die auch in der Schlemmermeile der „Wandelhalle" nicht unangenehm auffallen, genauso, wie Stillstand in diesen Räumen gleichgeschalteter Geschwindigkeit suspekt ist. Folgerichtig wird das öffentliche Gewaltmonopol um die „privaten Sicherheitsdienste" genannten Schlägerbanden ergänzt, die keinerlei Kontrolle mehr unterstehen. Ganz in diesem Sinne schlug DB-Chef Gütt unlängst vor, den Bahnhofsvorplatz dort, wo die Szene sich aufhält, doch einfach an die Deutsche Bahn zu übertragen - damit deren hauseigene Büttel dort ungestört aufräumen können.

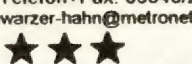
Dem Bürger allerdings ist's recht so. Unterm Diktat der Kapitalverwertung sind die Individuen schon längst austauschbare Anhängsel der Maschinerie geworden, in der ihre Lebenszeichen, so sie nicht unmittelbar verwertbar sind, Verdacht erregen. Seit geraumer Zeit steht das Menetekel der Austauschbarkeit und Überflüssigkeit nicht mehr bloß in den hungernden Ländern der Dritten Welt sondern direkt vor des Bürgers Haustür: Der menschliche Ausschuß, den das Kapital in Zeiten struktureller Massenarbeitslosigkeit nicht mehr integrieren kann. So ist er froh, von der Herrschaft, von der er auf Gedeih und Verderb abhängig ist, bestätigt zu bekommen, daß seine Zeit noch nicht gekommen ist, daß noch er es nicht ist, der das ganze stört, sondern die anderen - Junkies, Punks usw. Als besonderes Bonbon aber überkommt es ihn, wenn aus den überflüssigen anderen auch noch die Feinde werden.



Dann kann er zum Kampf gegen die Störer der öffentlichen Ordnung und ihren perfiden Hintermännern den aus aller Welt zum Schaden des deutschen Volkes eingeschlichenen Dealern rüsten, und das bewährte Bündnis von Mob und Elite, das in Deutschland Volksgemeinschaft heißt, schmieden. Und diesem Bündnis gilt es das Handwerk zu legen.

Gruppe Ratio Rausch und Revolution & Bundesarbeitskreis Drogen der JungdemokratInnen/Jungen Linken

Schwarzer Hahn
Lensian



Wendländisches Tagungshaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung (Vollwert, vegetarisch, vegan)
- Übernachtung 15,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen
- großer Innenhof

Eröffnung Ostern 1997
Voranmeldung ab sofort

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Wustrow OT Lensian
Telefon+Fax: 05843/241
e-mail: kulturverein schwarzer-hahn@metronet.de

★★★

Für alle FreundInnen der Roten Flora gibt es Sonderpreise für 1997











CAFE & BAR
JULIUSSTRASSE 29A
22769 HAMBURG
PHONE 4398014



c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 6
2000 HAMBURG 36	2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08	TEL. 040/430 08 88
FAX 040/43 38 11	SPIELE 040/439 68 32
	FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30– 18.30 Uhr. Samstag 10.00 – 14.00 Uhr



Imbiß International
Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)

KOPIERLADEN
IM SCHANZENVIERTEL



SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser – Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-
Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00

Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR
UNTER EINEM ANDEREN STERN
Rundstücken NACH LANGER NACHT
Spätstücken



im **FRITZ BAUCH**



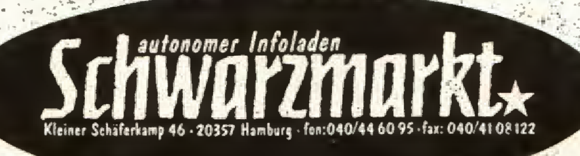
Widerstand braucht Theorie...

wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
• Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
• Umstrukturierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
• Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes...

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

... und Praxis

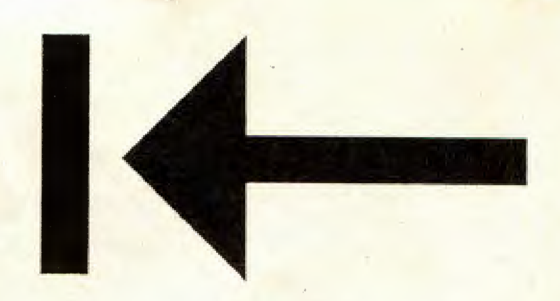
Immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen



Öffnungszeiten:
Mo.-Fr.: 12-18 Uhr
Do. FrauenLesbentag
Sa.: 12-15 Uhr

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

run faster
flora events september 1997



03.09. die zweite„ reunion latina" - musik, tanz und theater - 21 uhr
veranstaltung in drei teilen:
zu beginn wird ein kurzes tanztheaterstück vom theatro lationo aufgeführt. den zweiten teil, ab 22.30 uhr, bestreitet die offene formation „bohemia cha". von verschiedenen musiker/innen aus lateinamerika werden salsa, cha cha, mambo - rhythmen gespielt.
ab 24 uhr gibt's dann offene bühne für alle, die mitspielen, mitsingen und tanzen wollen.

04.09. „krabat" als theaterstück - 19 uhr 30

05.09. „schlump vibration" erschüttert mit dub das kellermauerwerk - ab 21 uhr

06.09. „level vibes" und „hammerheart" präsentieren feinsten dancehallreggae ab 22 Uhr

10.09. informations- und motivationsveranstaltung zu gegendemo und anderen aktivitäten anläßlich des npd aufmarsches am 13.09.

12.09. shantytownsoundsystemabzweiundzwanziguhr

13.09. „matula" und „burned out" lassen es krachen - punk im leoncavallo - 22 uhr

14.09. der „klub der kulturell verunsicherten" öffnet wieder seine pforten um uns mit neumodischem dings zu erfreuen. diesmal erst ab superplus avangardistische 24 uhr

16.09. vollmondorchster

17.09. „quarantine" und „asmondinas" - punk im leoncavallo - beginn 22 uhr

18.09. ein donnerstagsclub (gibt's noch andere?) präsentiert dub-dub

19.09. „wwk" und „dekadent" mögen wohl punkrock und spielen auch solchen - ab 22 uhr

20.09. tanzveranstaltung/mixed-party oben die üblichen verbrechen, im keller dn' b und dub; high rollers

26.09. antifa-jugendfront-konzert mit diversen bands aus hamburg und wie immer sofa anzünden auf dem schulterblatt

27.09. sistars proundly present: double d., hamburger frauen dub-sound an der seite von special a. einer der besten roots sängerinnen der englischen dub-szene - ab 22 uhr

Verhindert die geplante NPD-Kundgebung am 13.9.97
Vorbereitungstreffen Mi, 10.9.97, Rote Flora, 19.30 Uhr
Achtet auf aktuelle Ankündigungen